



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus



Hans Bonkas im Gespräch mit Klaus Böger

Herr Böger, Sie nehmen eine der wichtigsten Funktionen in der Berliner Politik ein. Es ist bekannt, daß Sie sich vehement für das Zustandekommen der großen Koalition zusammen mit der CDU eingesetzt haben. Wie trägt die Berliner SPD diese Koalition? Überwiegt im Funktionärkörper und bei der aktiven Mitgliedschaft, also bei den SPD-Mitgliedern, die sich an der Parteilarbeit beteiligen, die aus rationaler Erkenntnis heraus gewonnene Zustimmung, oder wird die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition nur zähneknirschend und „mit der geballten Faust in der Tasche“ geduldet?

Koalitionen sind Zweckbündnisse auf Zeit und keine Liebesheiraten. Die CDU ist und bleibt ein politischer Konkurrent. Wir haben uns zu der Zusammenarbeit entschlossen, weil es angesichts des Wahlergebnisses und der zu bewältigenden Aufgaben zu dieser Koalition keine Alternative gab und gibt. Wir haben vor der Wahl gesagt, daß es mit der PDS keine Koalition geben wird - daran haben wir uns gehalten.

Auch die übergroße Mehrheit unserer Parteimitglieder und Funktionäre ist der Überzeugung, daß die Beteiligung an der Großen Koalition richtig ist. Dies läßt sich aus den eindeutigen Beschlüssen der Landespartei tage ablesen.

Natürlich müssen wir aus der Vergangenheit lernen, in der die SPD als Partner in der Koalition den Bürgern nicht genug deutlich gemacht hat, wo ihre Erfolge lie-

gen und was ihr Profil ist. Dies gelingt uns jetzt mit der Konzentration auf einen sozial abgedeckten Konsolidierungskurs, der Zukunftssicherung für Berlin bedeutet, immer besser.

Die SPD hat bei den letzten Wahlen eine bittere Niederlage einstecken müssen. Wenn wir es richtig beurteilen, hat die SPD mit 23,5% der Stimmen den niedrigsten Prozentsatz aller Wahlen in Berlin nach 1918 erhalten. Wie uns unsere Berliner Mitglieder hierzu erklären, sei das auf die linksideologische Charakterveränderung der SPD, vor allem in Berlin, zurückzuführen: Denn, als die SPD sich noch pragmatisch den kleinen Leuten verbunden fühlte und linke Ideologien radikal ablehnte, wie zum Beispiel nach 1945, sei die SPD in Berlin immer noch die stärkste Partei mit oft über 50% gewesen. Sehen Sie das auch so? Oder meinen Sie, daß dafür andere Gründe maßgebend sind?

Für die Niederlage der SPD gibt es viele Gründe. Was viele Bürger abgeschreckt hat, war, daß sich die SPD im BUND, aber auch in Berlin, nur mit sich selbst beschäftigt hat, anstatt das Gespräch mit ihnen und Lösungen für drängende Probleme zu suchen.

Man muß allerdings auch berücksichtigen, daß sich seit 1989 durch die Wiedervereinigung der Stadt auch das Parteienspektrum geändert hat. Nach wie vor sind wir die einzige Partei, die sich beiden ehemaligen Stadthälften gleichermaßen verpflichtet fühlt, während die andern Parteien nur ihre jeweilige Klientel pflegen und Ost und West gegeneinander ausspielen. Wir werden aber auch unbeirrt diesen Weg weiter gehen, weil wir wissen, daß es viel mehr Berliner gibt, als es das Wahlergebnis ausdrückt, die diese Politik unterstützen.

Die Berliner SPD hat in der Vergangenheit erhebliche und historisch einmalige Leistungen für die Demokratie und für Deutschland erbracht.

Weshalb hält sie sich so zurück, diese Leistungen gegenüber der Öffentlichkeit entsprechend zu würdigen?

An die historischen Leistungen der SPD und ihrer Repräsentanten wird in Berlin an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten erinnert. Ich verweise auf die

diesjährige, viel beachtete Veranstaltungsreihe zum 50. Jahrestag der Zwangsvereinigung mit der KPD in der sowjetischen Besatzungszone und dem Widerstand dagegen.

Richtig ist, daß man noch mehr als bisher nach geeigneten Mitteln und Wegen, sei es durch Straßenbenennungen, Veranstaltungen, Denkmäler und Gedenkstätten, suchen muß, um an bedeutsame historische Leistungen von Sozialdemokraten zu erinnern. Sich der Geschichte im öffentlichen Raum zu vergewissern, ist für die Identität einer Stadt wie Berlin von entscheidender Bedeutung.

Man muß allerdings beachten, daß die Prozeduren, die für solche Ehrungen und Erinnerungen vorgesehen sind, oft langwierig und schwierig in der Verständigung mit anderen politischen Kräften in unserer Stadt sind. Wir können nun einmal nicht allein bestimmen. Daher plädiere ich an dieser Stelle für Geduld und Beharrlichkeit und setze auf Überzeugungskraft.

Wir weisen zum Beispiel auf die insbesondere von Friedrich Ebert im Herbst 1918 herbeigeführte Entscheidung hin, der „Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte“, nicht die Sowjetdiktatur von Liebknecht und Luxemburg, sondern die parlamentarische Demokratie für Deutschland anzuwenden.

Wird die SPD für die baldige Anbringung einer Gedenktafel für diese wichtige demokratische Entscheidung am Gebäude des Preußischen Landtages, in dem diese Entscheidung fiel, sorgen?

Die Tagung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte 1918 im Preußischen Landtag ist in der Tat von eminent wichtiger Bedeutung für die Entwicklung in der Weimarer Republik gewesen. Deshalb sollte in geeigneter Form dauerhaft in diesem Gebäude an diese Stunden erinnert werden.

Ein weiteres Beispiel ist der großartige weltbedeutende Freiheitskampf der Berliner gegen die Kommunisten nach 1945. Bis auf das Luftbrückendenkmal in Tempelhof gibt es in Berlin keine geeignete Gedenkstätte oder ein entsprechendes Forum für die Erinnerung, mehr noch für das Herausstellen der politischen Leistungen des freiheitlichen Berlins für die demokratische Welt. Es ist eigentlich beschämend für das offizielle Berlin, daß es so nachlässig mit Aspekten seiner doch immerhin berühmten Geschichte umgeht.

Würde sich die SPD für eine solche Gedenkstätte oder für ein Forum einsetzen und würde sie hierfür auch Anregungen entgegennehmen?

Selbstverständlich sind wir für wertvolle Anregungen dankbar und offen. Ich schlage jedoch vor, daß hier zunächst der Landesverband der Berliner SPD aktiv wird und eine Konzeption erarbeitet, die wir dann über das Abgeordnetenhaus versuchen zu realisieren.

Es ist bekannt, daß Reichsbannerleute in der Nazi-Zeit schwer verfolgt wurden. Nach 1945 hatten sie ebensolche Verfolgungen durch die Kommunisten zu erdulden.

Von 5.000 durch die Kommunisten verhafteten Sozialdemokraten sind 400 in der Haft, in Bautzen, Brandenburg, Hohenschönhausen, Workuta etc. umgekommen. Mehr als die Hälfte davon waren Reichsbannerleute. Umso befremdender ist es, wenn es in Berlin noch Straßen gibt, die nach Kommunisten benannt sind, die sich an der Verfolgung von Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten beteiligt haben.

Beispiele: In Berlin-Köpenick gibt es eine „Ottmar-Geschke-Straße“. Dieser Geschke war als Kommunist bei den Nazis inhaftiert. 1945/46 wurde er Vorsitzender der OdF-Organisation, die u.a. an die Nazi-Verfolgten eine kleine Rente zahlte. Als sich die Berliner SPD und Kurt Schumacher gegen die Zwangsvereinigung aussprachen, war Geschke derjenige, der Kurt Schumacher und Berliner Sozialdemokraten wüst beschimpfte und diffamierte. Und als ab Mitte 1948 hunderte und tausende von Sozialdemokraten auf Veranlassung der SED durch den NKWD verhaftet wurden, sperrte Geschke den Ehefrauen der verhafteten Reichsbannerleute und Sozialdemokraten die Auszahlung der OdF-Renten, mit der Begründung, daß sich die verhafteten Sozialdemokraten „faschistisch“ verhalten hätten.

So einen Stalinisten ehrt Berlin durch eine Straßenbezeichnung.

Oder - der ehemalige kommunistische Innenminister von Sachsen-Anhalt, Robert Sievert, war 1950/51 als einer der Hauptinszenatoren des Prozesses gegen den Wirtschaftsminister Heerwegen (CDU) und seinen Staatssekretär Willy Brundert (SPD) maßgebend daran beteiligt, daß die beiden Reichsbannerleute Heerwegen und Brundert langjährig inhaftiert wurden und anschließend, Willy Brundert als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, an den Haftfolgen verstorben sind.

So einen Stalinisten ehrt Berlin durch eine Straßenbezeichnung in Berlin-Lichtenberg.

Oder - der kommunistische Schauspieler Hans Rodenberg war der Denunziant des NKWD in Moskau, der die Mutter des bekannten Sowjetologen Wolfgang Leonhard, Susanne Leonhard, dem NKWD 1938 als „Konterrevolutionärin“ denunzierte und für sie zehn Jahre schlimmste „Gulag-Haft“ bewirkte.

So einen Stalinisten ehrt Berlin durch eine Straßenbezeichnung in Berlin-Prenzlauer Berg.

Wird sich die SPD dafür einsetzen, daß diese und sicherlich noch andere solcher stalinistischer Straßenbezeichnungen aus Berlin verschwinden?

Für die Straßenbezeichnungen, also auch -umbenennungen, sind in Berlin die Bezirke zuständig. Es wurde 1990 eine ausgewogen besetzte, unabhängige Kommission in Berlin gebildet, die den Bezirken Empfehlungen für Straßenumbenennungen gegeben hat. In den Fällen „Ottomar-Geschke-Straße“ bzw. „Robert-Siewert-Straße“ hat die Kommission die Umbenennung nicht empfohlen. Ich werde mich bei unseren Genossen (unabhängig von dieser Empfehlung) in den betreffenden Bezirken dafür einsetzen, daß sie diese Frage in den Bezirksverordnetenversammlungen erneut auf die Tagesord-

nung bringen, da ich Eure Meinung voll teile. Von dem Erfolg dieser Bemühungen werde ich Euch unterrichten.

Bei der „Rodenberg-Straße“ liegt offensichtlich ein Mißverständnis vor. Diese Straße in Prenzlauer Berg ist nach dem Schriftsteller Julius Rodenberg (1831-1914) benannt. Ein nach Hans Rodenberg benannter Platz in Lichtenberg wurde 1994 in „Parkaue“ rückbenannt.

Wie bereits bemerkt, sind zahlreiche Sozialdemokraten, darunter viele Reichsbannerleute, nach 1945 von den Kommunisten schwer verfolgt, inhaftiert und umgebracht worden oder in und nach der Haft an den Haftfolgen umgekommen. Sie haben Freiheit und Leben für die Demokratie geopfert. Zu Recht hat der Vorsitzende der SPD, Oskar Lafontaine, sie kürzlich in der Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Zwangsvereinigung gewürdigt.

Die Erinnerung an geschichtliche Vorgänge im Bewußtsein des Volkes ist unbestritten ein wichtiger Faktor für Staatsbewußtsein und Demokratiebejahung.

Weshalb hat die Berliner SPD dort, wo diese Sozialdemokraten politisch für die Demokratie gewirkt haben, noch keine Straßen nach ihnen benannt?

Leserbrief

Kommunisten und die PDS sind für Sozialdemokraten keine Regierungspartner auf Bundes- und Landesebene!

Kommunisten und die PDS sind keine Regierungspartner auf Bundes- und Landesebene!

Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der Sowjetzone im April 1946 kam ohne SPD-Mitgliederabstimmung zustande. Der Plan zur Liquidierung der Sozialdemokratie lag schon vor der Vereinigung der Parteien in Ulbrichts Schublade. Mit der Fusion von KPD und SPD begann das SED-Regime, alles Sozialdemokratische in Ostdeutschland zu beseitigen.

Der Zwang zur Einheitspartei führte zu heftigen Auseinandersetzungen im SPD-KPD-Einheitsausschuß. Eine Mitgliederbefragung durfte nicht stattfinden. Die Sozialdemokratische Urabstimmung am 31.3.1946 über die Frage der Vereinigung im Sowjetischen Sektor von Berlin und in der Sowjetzone wurde verboten. Viele SPD-Funktionäre, die sich der von den Sowjets geförderten organisatorischen „Einheit der Arbeiterklasse“ widersetzten, wurden verhaftet und drangsaliert. Hunderte mußten in die Zellen zurück, in denen sie schon während der Nazi-Zeit gesessen hatten. Die Demütigung von 1946 ist nicht verzeihen. Vor allem bei der Berliner SPD haben die Repressalien der KPD-Führung um Walter Ulbricht und der Sowjetischen Militäradministration Wunden geschlagen, die bis heute nicht geheilt sind. Bereits ab Dezember 1945 bis März 1946

Würde sich die SPD dafür einsetzen, daß nach dem Sozialdemokraten und Reichsbannermann Julius Scherf, der als NS-Verfolgter von den Kommunisten wegen seines Widerstandes gegen die Zwangsvereinigung 1946 verhaftet und umgebracht wurde, die Straße im Prenzlauer Berg, in der er verhaftet wurde, die damalige Lippenhner Straße, heute Niederkirchner Straße, benannt wird?

Würde sich die SPD dafür einsetzen, daß nach dem Sozialdemokraten und Reichsbannermann Werner Rüdiger, der nach 1945 stellv. SPD-Vorsitzender Berlins, Stadtverordneter und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses war und der als NS-Verfolgter von den Kommunisten 1949 langjährig inhaftiert wurde und nach langwierigen Leiden an den Haftfolgen verstorben ist, die derzeitige Hans-Rodenberg-Straße in Berlin-Prenzlauer Berg benannt wird?

Die Idee, die Straße, in der Julius Scherf verhaftet wurde, nach ihm zu benennen, halte ich für richtig, um ihn stellvertretend für alle nach 1946 in der SBZ verfolgten Sozialdemokraten zu würdigen. Ich werde dies ebenfalls unseren Genossen im Prenzlauer Berg vorschlagen.

Hans Bonkas

kommen mehrere Häftlingstransporte mit je 400 Häftlingen aus dem Lager Hohenschönhausen im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen an, unter ihnen die ersten Sozialdemokraten. Auch aus dem ehemaligen KZ Buchenwald trafen Häftlinge in Sachsenhausen ein. Von hier aus gingen zahlreiche Transporte in sowjetische Lager in Sibirien. Für Stalin waren Sozialdemokraten „Sozialfaschisten“. Sozialdemokraten, Nazis und Bürger, die von den Sowjets willkürlich verhaftet wurden, steckte man in Waggonen, und es begann für sie eine weite Reise ins Ungewisse. Ein Ziel war auch das sogenannte Kusnez-Becken mit dem Hauptlager Stalinsk und 24 Nebenlagern. Stalinsk, heute Nowo-Kusnez, etwa 200 km SSO von Kemerowo in den nördlichen Ausläufern des Altei in Westsibirien, hatte die Lager Nummer 7525. Die Lager waren mit 30.000 Kriegsgefangenen und Zivilisten gefüllt. Unter ihnen Sozialdemokraten aus der Sowjetzone. Im Nebenlager 7525/13 Prokopjewsk war ein ehemaliger hoher Hitler-Jugendführer als Angehöriger der „Lager-Antifa“ mit besserer Verpflegung zum Kommandoführer aufgestiegen, dem sich alte demokratische zivile Gefangene beugen mußten. Die Winter waren extrem kalt. Wer nicht im Kohlenschacht arbeitete, mußte im Winter bis zu 50 Grad Kälte während der Arbeit aushalten. Der Arbeitsinsatz war in Kohlengruben, Sägewerken, Steinbrü-

chen, Sandgruben, Straßenbau, Wohnungsbau und Kolchosen. Die medizinische Betreuung war völlig unzureichend. Es gab keine Medikamente. Von Juli 1945 bis September 1946 starben ca. 40% der Gefangenen durch Entkräftung, Dystrophie, Pneumonie und Seuchen (Ruhr und Typhus). Ich selbst kam 1947 als Kriegsgefangener vom KGF-Lager 334-6334 bei Moskau ins Lager 7525/13. Unser Baracken-Ältester war ein Sozialdemokrat aus Berlin, der bereits im Dritten Reich mehrere Jahre im KZ als Häftling eingesperrt war. Ihm hatte ich es zu verdanken, daß ich mit dem ersten Krankentransport 1948 in die Heimat zur Entlassung kam.

Die höchste Strafverfolgungsbehörde in Rußland ist heute bereit, sich für das geschehene Unrecht an ehemaligen deutschen Häftlingen zu entschuldigen. Der Mili-

täroberstaatsanwalt Oberst der Justiz Wolin, hat am 14.9.1993 die Rehabilitierung der ehemaligen deutschen Häftlinge in die Wege geleitet. Wo aber sind die Entschuldigungen der Kommunisten, die für das Unrecht mit verantwortlich waren? Wo sind die Entschuldigungen der ehemaligen führenden SED-Staatsfunktionäre für die Toten an Grenze und Mauer bei den Hinterbliebenen? Beim Kriegsverbrecher-Prozeß in Nürnberg bekundeten alle Nazi-Führer ihre Unschuld. Als das SED-Regime abtrat, waren sie auch alle unschuldig.

899 Menschen sind bei Fluchtversuchen an der DDR-Grenze ums Leben gekommen. Davon 255 an der Berliner Mauer. Die Hinterbliebenen der Toten und die Verletzten klagen die DDR-Diktatoren an.

Johannes Lindemann, Flachslanden.

Unsere Glosse

Zum Prozeß gegen die Urteile der ehemaligen Generale der NVA durch das Berliner Landgericht

Man könnte sehr zufrieden sein, wenn da nicht ein bitterer Beigeschmack zurückbleiben würde.

Auf sehr große Zustimmung sind die Urteile, die gegen die ehemaligen Generale der NVA durch das Berliner Landgericht verhängt wurden, in der breiten Öffentlichkeit gestoßen. Hier kann man wirklich sagen, daß die Richter im Namen des Volkes Recht gesprochen haben. Den Angeklagten muß klar gewesen sein, daß sie für keinen Rechtsstaat tätig waren. Ihre Argumente, daß die ehemalige DDR von der Völkergemeinschaft anerkannt war und somit auch das Recht hatte, auf Flüchtlinge an der Grenze zu schießen, ziehen hier nicht. Es ist auch sehr hoch anzurechnen, daß die Berliner Richter nicht die unselige Rechtsprechung der bundesdeutschen Gerichte nach 1945 bei der Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen fortgesetzt haben. Gegen Nazi-Verbrecher haben bundesdeutsche Gerichte bis hoch zum Bundesgerichtshof beide Augen zugedrückt und Unrecht nicht als Unrecht geahndet. Es hinterläßt einen sehr bitteren Nachgeschmack, daß bei der Aufarbeitung der Nazi- und der SED-Verbrechen mit zweierlei Maß gemessen wurde. Viele dieser ungesühnten Verbrechen der Nazis sind auch an Mitgliedern des Reichsbanners begangen worden. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, daß der BGH den Volksgerichtshof der Nazis mit dem bluttriefenden Freisler an der Spitze als ein ganz normales Gericht angesehen hat. Die Schergen Hitlers in der roten Robe waren für sie Kollegen. Noch heute ist es mir unverständlich, daß diese Auffassung in der breiten Öffentlichkeit keinen Entrüstungssturm hervorgerufen hat. Man kann die damaligen Richter des BGH nur mit Verachtung bestrafen und ihre Namen sollten jetzt der Öffentlichkeit preisgegeben werden, die im Namen des Volkes Unrechtsurteile fällten.

Im vergangenen Jahr hat der Bundesgerichtshof seiner früheren, nicht nachvollziehbaren Rechtsprechung von

damals abgeschworen. Mit scharfen Worten hat er sich selbst und die damalige Rechtsprechung gegeißelt. Er hat dargelegt, daß die Justiz der Bundesrepublik, und hier vor allem der BGH, die NS-Richter, die Blutjustiz der Nazis, viel zu milde behandelt hat. Wer sich selbst davon überzeugen will, kann das Mahnmal in Plötzensee besuchen und selbst sehen, welch unmenschliche Urteile Nazi- bzw. Blutrichter im Namen des Volkes gefällt haben. Die Richter der BRD haben damals Nazirichter geschont und mit Samthandschuhen angefaßt. Die konnten sogar in den eigenen Reihen wieder Karriere machen. Das böse Wort, daß eine Krähe der anderen keine Auge aushackt, stimmt wirklich über 40 Jahre in der bundesdeutschen Justiz.

Aber selbst bis heute haben noch nicht alle ehemaligen Nazirichter dazu gelernt. So ist der ehemalige nazistische Wehrmächtsrichter Keller, der es in Hessen nach 1945 bis zum Landesgerichtspräsidenten brachte und der an Todesurteilen mitgewirkt hat, noch immer der Ansicht, nichts Unrechtes getan zu haben. Er argumentiert, daß auch die Kriegsgegner der Nazis Fahnenflucht mit dem Tode ahndeten. Er hat noch immer nicht begriffen, daß Hitler gegen andere Länder einen Angriffs- und Vernichtungskrieg geführt hat und diese Länder heimtückisch überfiel. Für die anderen Länder war es ein Verteidigungskrieg, und es ging für diese um Leben oder Tod. Ein doch sehr erheblicher Unterschied.

Abschließend sei noch bemerkt, daß wir uns über das jetzige Urteil des BGH sehr gefreut haben, denn auch eine späte Einsicht ist immer noch besser als keine Einsicht.

Hans Bonkas

Seminare

Vom 28.5. - 31.5.1996 haben wir in der Akademie Frankfurter zu dem Thema „Erlebte Geschichte und Politik: Die Wende in der ehemaligen DDR“ und vom 3.10. - 6.10.1996 zu dem Thema „Brennpunkte Deutscher Geschichte - die Verbrechen der Nazis und Kommunisten“ Seminare durchgeführt. Zu diesen Semina-

ren haben wir neben Zeitzeugen 20 Auszubildende der Frankfurter Flughafen AG mit ihrem Ausbildungsleiter Wolfgang Haas eingeladen.

Wie gut das Seminar in Würzburg bei den jungen Menschen angekommen ist, zeigt nachstehendes Schreiben.

20. August 1996

Flughafen Frankfurt Main AG

Lieber Herr Bonkas,

wir möchten uns noch einmal ganz herzlich für das gelungene Seminar in Würzburg bedanken. Wir alle waren von der Durchführung des Seminars "Erlebte Geschichte und Politik - Die Wende in der ehemaligen DDR" begeistert.

Unsere anfängliche Zweifel in Bezug auf die Zusammensetzung der Gruppe waren schnell beseitigt. Die Zusammenarbeit mit den älteren Leuten gab uns die Möglichkeit, die Geschehnisse der damaligen Zeit einmal anders als im Geschichtsunterricht zu erfahren. So wurde uns verständlicher, wie Menschen diese Zeit wirklich erlebt haben.

Diese Eindrücke wurden durch zusätzliche Hintergrundinformationen der eingeladenen Referenten ergänzt. Es gelang ihnen, ihr Wissen gut zu vermitteln und unser Interesse an einem Fortsetzungsseminar zu wecken.

Wir freuen uns auf die Fortsetzung des Seminars in Berlin

Viele liebe Grüße von allen Teilnehmern

Tina Joas Nadine Bonemann

Christine Schüssler

Michaela

die Luftis der FAG

Jeanine Wilms

Ulrike Stutz
J. Neubertson

Reinhold Ropp

Susanne Kern

Stefi Stolz

Ulrich Haller

Ulrich Haller

Bonkas Ludwig



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Seminar in Würzburg

Reichsbanner intern

Ortsverein Frankfurt/M.

Verehrte Mitglieder,

nach Vollendung der Renovierungsarbeiten unseres Büros wollen wir selbiges nicht nur für Vorstandssitzungen usw. nutzen, sondern als „Treffpunkt“ aufwerten. Die „Einweihung“ wird verbunden mit der Jahresabschlußfeier am Samstag, dem 30.11.96 (Gäste sind willkommen).

Sprechstunde:

jeweils am 1. Mittwoch eines Monats
in der Zeit von 14 - 16 Uhr.

Die Adresse:

Bund aktiver Demokraten
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Frankfurt am Main
Reinäckerstraße 7
(Parkhaus Konstablerwache/Zwischengeschoß)
60313 Frankfurt am Main

Betrifft **Jahresmitgliedsbeiträge:** Im beiderseitigen Interesse bitten wir, um uns Erinnerungs- bzw. Mahnschreiben zu ersparen, um Zusendung einer **Einzugsermächtigung ab Januar 1997.**

Kto.-Nr. 98340606, BLZ 50010060 bei Postgiroamt Frankfurt am Main, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 60323 Frankfurt.

Direkte Kontaktadresse:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund aktiver Demokraten e.V., gegr. 1924
Ortsverein Frankfurt
1. Vors. Hans Brück
Konstanzer Straße 72
60386 Frankfurt am Main
Tel.: 069/424103.

Reichsbannerzeitung

Wie schon in der letzten Zeitung berichtet, sind wir leider durch die großen Kostensteigerungen, vor allem durch die stark angestiegenen Versandkosten, gezwungen, den Preis unserer Zeitung um DM 0,50 zu erhöhen. So kostet die Zeitung pro Stück anstatt DM 1,50 jetzt DM 2,00 und inclusive 4 x jährlich Versandkosten DM 10,00. Wir bitten unsere Mitglieder dafür um Verständnis. Immerhin haben wir seit vielen Jahren trotz Kostensteigerungen keinen Preisaufschlag vorgenommen, so daß wir nur durch Spenden unsere Zeitung herausgeben konnten.

Demjenigen aber, der durch eine Spende unsere Bundeskasse aufbessern möchte, wie bereits dankenswerterweise einige Mitglieder dies getan haben, können wir, da wir gemeinnützig sind, eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt ausstellen. Mein Appell an die Mitglieder, die noch Rückstände haben: Bitte zahlt umgehend Eure Beiträge. Dafür unseren Dank.

Landesbezirk Hamburg

Erfreulich ist es, daß es unserem neugegründeten Landesbezirk Hamburg (vor 1933 über 40.000 Mitglieder) gelungen ist, in Kürze als gemeinnützige Organisation im Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen zu werden und somit auch Spendenbescheinigungen fürs Finanzamt ausstellen zu können. Der Landesbezirk Hamburg wird ein eigenes Konto einrichten, sodaß ab 1.1.97 Beiträge und Zeitungsgebühr auf dieses neue Konto einzuzahlen sind. Genauere Einzelheiten wird Landesvorsitzender Alexander Buhl in einem Rundschreiben an alle Mitglieder Hamburgs rechtzeitig bekannt geben.

Erfreulich ist auch das Interview mit dem Bürgermeister Henning Voscherau, das wir in der nächsten Zeitung veröffentlichen werden. Dies wird die Werbung neuer Mitglieder in Hamburg erleichtern. Auch gibt es noch viele ältere Hamburger Bürger, die schon in der Weimarer Zeit aktiv im Reichsbanner waren. Sie wieder für eine Mitgliedschaft zu gewinnen, ist jetzt angebracht. Denn unser Reichsbanner ist heute mehr denn je notwendig. Dabei wünschen wir unserem neu ins Leben gerufenen Landesverband viel Erfolg.

Alfred Körner

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 8,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Das Konto unserer Bundeskasse ist bei der Bank für Gemeinwirtschaft in 60325 Frankfurt am Main, Konto-Nr. 100 77 651 00, BLZ 500 101 11.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presse-rechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.